

Der Grenzboten.

Der Grenzboten erscheint täglich mit Ausnahme des den Sonn- und Feiertagen folgenden Tages und kostet vierteljährlich, vorausbezahlsbar, 1 M. 20 Pfg. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von den Ausrägern des Blattes, sowie von allen Kaiserl. Postanstalten und Postboten angenommen.

Tageblatt und Anzeiger

für
Adorf und das obere Vogtland

Inserate von hier und aus dem Verbreitungsbezirk werden mit 10 Pfg., von auswärts mit 15 Pfg. die 4mal gespaltene Grundzelle oder deren Raum berechnet und bis Mittags 12 Uhr für den nächstfolgenden Tag erbeten.

Reclamen die Zeile 20 Pfg.

Verantwortlicher Redacteur, Drucker und Verleger: Otto Meyer in Adorf.

Fernsprecher Nr. 14.

Hierzu Sonntags die illustr. Gratisbeilage „Der Zeitspiegel“.

Fernsprecher Nr. 14.

N^o 112.

Dienstag, den 17. Mai 1904.

Jahrg. 69.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag beschäftigte sich am Freitag in dritter Beratung mit dem Gesetzentwurf betr. die Entschädigung für unschuldig erlittene Unterjuchungshaft. Der Entwurf wurde nach kurzer Beratung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Darauf wurde die dritte Lesung des Stats beim Reichsjustizamt fortgesetzt. Dazu lag vor eine Resolution der Sozialdemokratie, die Maßnahmen fordert, von denen eine rechtzeitige Feststellung von körperlicher und geistiger Krankheit der Gefangenen zu erwarten ist. Die Resolution begründete Abg. Dr. Gradnauer (Soz.), der sich namentlich über die Behandlung der Geisteskranken in einzelnen Gefängnissen ausführlich aussprach. Ihm trat Staatssekretär Dr. Nieberding mit großer Entschiedenheit entgegen. In Preußen habe die Zuchthausverwaltung für mehr als 23 000 Sträflinge zu sorgen. Dabei müsse strengste Ordnung und gewissenhafte Aufsicht stattfinden. Der Dienst in den Zuchthausanstalten sei in Preußen seit 1897 neu geregelt, und wenn der Vordrucker diese Bestimmungen durchsehe, werde er finden, wie überflüssig die von ihm befürwortete Resolution sei.

Der Reichstag ist am Sonnabend endlich in die Ferien gegangen, nachdem er noch in der letzten Sitzung eine Reihe von Resolutionen beraten hatte, welche die Kommission für den Reichshaushalt empfohlen hatte. An erster Stelle standen von diesen Resolutionen zwei zu dem Titel „Zuckersteuer“, die erste lief auf eine Forderung der Besteuerung des Stärkezuckers hinaus, die zweite wünscht Ermittlungen darüber, ob Fälle vorliegen, in denen Inländer durch die Ausführung des Süßstoffgesetzes geschädigt sind. Der Staatssekretär nahm zu der ersten Resolution eine ablehnende Haltung ein, da kein Bedürfnis vorliege. Der Abg. Gamp (Rp.) sprach sich dagegen aus, während Jhr. von Richthofen (Kons.) namens der Konservativen die Resolution für unbedenklich erklärte, da sie nur zur Erwägung auffordere. Auch der Abg. Bogt-Halle (wirtsch. Bgg.) empfahl die Annahme der Resolution im Interesse des Rübenbaues. Er sprach sich bei dieser Gelegenheit über die politische Lage aus und bezeichnete frei heraus die allerhöchste Stelle als das Haupthindernis für die der Landwirtschaft versprochene Hilfe. Unter dem Beifall der Rechten schloß er mit dem Wunsche, daß ein anderer Pfingstgeist in die Reichsregierung einzziehen möge, andernfalls wäre ein Ende mit Schreden lieber als ein Schreden ohne Ende. Namens der Freisinnigen erklärte der Abg. Müller-Sagan, daß sie gegen die erste und für die zweite Resolution stimmen werden. Die erste Resolution wurde hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und des Abg. Gamp, die zweite einstimmig angenommen. Dann folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Aenderung der Zivilprozeßordnung in Verbindung mit der ersten Beratung eines von Mitgliedern aller Parteien eingebrachten Gesetzes über Aenderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes. Es handelte sich dabei um die Entlastung des Reichsgerichts. Der Staatssekretär Dr. Nieberding begründete den Regierungsentwurf mit dem Hinweis auf das Anwachsen der Geschäfte und die dadurch bewirkte Verschleppung und den Anreiz zu fiktiven Revisionsanträgen. In der Diskussion fand die Vorlage eine im allgemeinen günstige Aufnahme. Die Vertreter der Rechten und des Zentrums bedauerten freilich, die Erhöhung der Revisionssumme, während Abg. Hagemann (nl.) die vorgeschlagene Erhöhung noch nicht weit genug ging. Der Entwurf wurde schließlich einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Darauf, trotz des Haus in seine

Pfingstferien ein. Dienstag, den 7. Juni, 2 Uhr: Rechnungsjahren, Reblausgesetz, Münzgesetz-Novelle. Schluß halb 7 Uhr.

Politische Rundschau.

Berlin, 14. Mai. Generalleutnant von Trotha, der neu ernannte Oberbefehlshaber des Expeditionskorps in Deutsch-Südwestafrika, der in Straßburg vom Kaiser in Audienz empfangen wurde, trifft am 19. Mai in Hamburg ein, um am Tage darauf mit seinem Stab an Bord des Dampfers „Montevideo“ die Ausreise nach Swakopmund anzutreten. Nach Südwestafrika rücken am nächsten Donnerstag von Berlin 27 Offiziere, 40 Unteroffiziere und 500 Mann aus.

Nach den Einweihungsfestlichkeiten in Metz begab sich das Kaiserpaar nach St. Johann und Saarbrücken. In beiden Schwesterstädten nahm der Kaiser Anlaß, für den jubelnden Empfang, den ihm die Bürgerschaft bereitere, durch längere Ansprachen zu danken.

Berlin, 14. Mai. Am nächsten Donnerstag, 19. Mai, rückt ein Verstärkungstransport für Südwestafrika von 24 Offizieren, 40 Unteroffizieren und 500 Mann von hier aus. 150 Mann werden vom 17. bis zum 19. d. M. im städtischen Ordnonanzhaus in der Neuen Königstraße untergebracht, die übrigen in den hiesigen Kasernen. Die Einkleidung findet diesmal auf dem Döberitzer Übungsplatz statt. Die Leitung des Ausmarsches liegt jetzt nicht mehr bei dem Oberkommando der Schutztruppen, sondern bei dem preussischen Kriegsministerium. Der Transportführer ist noch nicht bestimmt. Zwei Wörmunddampfer, die am 20. d. Mts. mit der Truppe von Hamburg auslaufen, nehmen dort auch noch 300 Pferde an Bord.

Hamburg, 14. Mai. Der Dampfer „Patalia“ der Hamburg-Amerika-Linie wurde von der Reichsregierung für die Beförderung eines Teiles der nach Südwestafrika zu entsendenden Verstärkungen gechartert. Der Dampfer wird am 17. Juni mit 39 Offizieren, 671 Mann und 919 Pferden die Ausreise nach Swakopmund antreten.

Hamburg, 14. Mai. Der Stapellauf des großen Panzerkreuzers Graf Deutschland, welcher den Namen „Zork“ erhielt, ist gestern glücklich von statten gegangen. Die Taufe vollzog die Gräfin Zork von Wartenburg, die Rede hielt im Auftrage des Kaisers Generaloberst von Sahnke.

Marokko verloren? Ein Mahnruf in letzter Stunde von Rechtsanwalt Claß-Mainz, Mitglied der Hauptkommission des Alldeutschen Verbandes, so betitelt sich eine Flugschrift von 16 Seiten, in der der bekannte Verfasser, der durch seine „Bilanz des neuen Kurzes“ an der Hand der Tatsachen den Niedergang der deutschen Politik seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck in so klaren Linien gezeichnet hat, auf die Bedeutung Marokkos für die Zukunft des deutschen Volkes hinweist. Das deutsche Volk wird allein im Deutschen Reiche bald einen jährlichen Zuwachs von 1 Million Seelen erreichen. Es muß Siedlungsgebiete erwerben, in denen der deutsche Auswanderer seinem Volkstum erhalten bleibt und nicht als Völkerverdränger in fremden Völkern untergeht und unsere Wettbewerber stärkt. In Marokko war noch einmal, vielleicht das letzte Mal, für uns die Gelegenheit geboten, auf friedlichem Wege deutsches Siedlungsland zu erwerben, unsere Reichsregierung aber stand gleichmütig bei Seite und wir mußten die Demütigung erleben, daß Frankreich und England uns so behandelten, wie man es vielleicht von Rechts wegen Spanien gegenüber getan hat. Claß weist darauf hin, daß es für eine Vetterung Deutschlands an der Aufteilung Marokkos doch noch nicht zu spät ist, wenn das

deutsche Volk seine Stimme erhebt, wozu aber erforderlich ist, daß es über die Bedeutung Marokkos für unsere Zukunft aufgeklärt ist. Diesem Zwecke soll die Flugschrift dienen, die zum Einzelpreise von 20 Pfg. und entsprechender Ermäßigung beim Bezuge einer größeren Anzahl von Exemplaren von der Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes, Berlin W. 35, Steglitzer Straße 77, III, bezogen werden kann.

Die gegenwärtige Situation der Hereros. In der südwestafrikanischen Krisis ist das Wichtigste die Meldung, daß die Herero angefangen haben, aus den Dnjattbergen nordwärts abzuziehen. Darauf hat offenbar das ununterbrochene Anwachsen der Schutztruppe eingewirkt und die starke Vermehrung der Artillerie; die Herero fühlen sich nicht mehr sicher. Durch ihre Bewegung nach Norden ist sofort die Vermutung entstanden, daß sie nach Ovamboland ziehen wollten. Ob sie wirklich diesen Plan schon jetzt haben, ist aus manchen Gründen zweifelhaft. Die Herero, soweit sie beritten sind, könnten wohl bis zu den Ovambo entkommen, sie müßten aber, abgesehen von den anderen und ihren Familien-Mitgliedern, das ganze Vieh zurückerlassen. Denn mit ihren Herden von Groß- und Kleinvieh könnten sie unmöglich einen Zug von wenigstens 500 Kilometer glücklich durchführen. Ihr Vieh werden sie aber nur in dem äußersten Notfall im Stich lassen; durch dessen Verlust würden sie von reichen Leuten zu ganz armen werden und das verlieren, was ihnen bisher Kraft gab. Im Anfange des Aufstandes war die Besorgnis berechtigt, daß die Herero insgesamt mit ihrem Vieh nach Osten über die englische Grenze abrücken wollten. Sie haben aber keinen ernstlichen Versuch dazu gemacht, sondern sind monatelang in den Dnjattbergen sitzen geblieben. Die Schwierigkeiten, mit ihren Herden durch die Durststellen vor den Vorfollern zu entkommen, waren geradezu unüberwindlich. Nicht besser ist es auf dem Wege nach der Nordgrenze und die Entfernung ist auch eine bedeutend größere. Zweifelhaft muß es auch sein, ob die Ankunft von tausenden von Herero den Ovambo angenehm ist. Die Ovambo sind ein ackerbauendes Volk, das gleich anderen solchen die Ruhe liebt. Die verarmten Herero, die an keine regelmäßige und dauernde Arbeit gewöhnt sind, würden ihnen eine große Last werden. Schließlich bieten die Herero, wenn sie ihre schützenden Berge verlassen, den Truppen ein besseres Angriffsobjekt als bisher; sie würden nur völlig dezimiert das Ovamboland erreichen können. Neuerdings ist die Meldung verbreitet worden, daß eine deutsche Expedition von Massamedes nach Ovamboland entsandt werden solle. Schon einmal ist dieser Plan veröffentlicht worden, aber an den zuständigen Stellen hält man ihn für unausführbar. Zunächst gehört eine taum zu beschaffende Ausrüstung dazu, dann aber würde der Zug viel mehr Zeit beanspruchen, als das Vorgehen von der Eisenbahn aus dahin.

Aus Schanghai wird gemeldet: Eine große japanische Abteilung hat Nihong (70 Kilometer von Föngwantcheng) besetzt, in der Absicht, den Motien-Paß von Norden her zu umgehen.

Die modern gesinnten Japaner sind bemüht, die vollstümliche Besiedeltheit des Selbstmordes (Harakiri) bei den Soldaten zu bekämpfen, indem sie darauf hinweisen, daß solche Selbstvernichtungen zu Japans Niederlage führen müssen.

Gegen den Vorwurf, daß japanische Truppen einen Sanitätszug beschossen hätten, verwahrt man sich in Tokio. Wie man von dort telegraphiert, wird amtlich bekannt gegeben: Nach einem von dem militärischen Oberkom-